



Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

24. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 13:50 Uhr

Vorsitz: Ute Koczy (GRÜNE)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2802
Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Ausschuss stimmt dem Kapitel 02 030 - Europa und internationale Angelegenheiten - des Einzelplans 02 - Ministerpräsident - und dem Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Natur-

schutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss nimmt mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion die zweite Ergänzungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

Aus der Diskussion**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2800

In Verbindung damit:**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2802
Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

- a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident
- b) Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, dass sich die Staatssekretärin Dr. Miriam Meckel für die heutige Sitzung entschuldigt habe.

Dietmar Brockes (FDP) bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass er die zweite Ergänzungsvorlage erst eine Stunde vor Sitzungsbeginn erhalten habe. Dies sei seiner Meinung nach ein nicht zu akzeptierendes Verfahren. Vor dem Hintergrund, dass auch der Bereich Europa- und Eine-Welt-Politik von Kürzungen betroffen sei, beantrage er, in der nächsten Woche eine außerordentliche Sitzung durchzuführen und dann über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 abzustimmen.

Gabriele Sikora (SPD) entgegnet, Grund für die relativ kurzfristige Aushändigung der zweiten Ergänzungsvorlage sei, dass die Steuerschätzung erst Mitte November vorgelegen habe und anschließend auf die Länder heruntergebrochen werden müssen. Insofern habe die zweite Ergänzungsvorlage nicht vorher vorgelegt werden können. Es sei jedoch zu erwähnen, dass Herr Dr. Papke, einer der Vertreter der FDP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, die zweite Ergänzungsvorlage bereits um 10 Uhr vorgelegen habe.

In der zweiten Ergänzungsvorlage seien keine gravierenden Kürzungen in den Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen enthalten. Insofern plädiere sie dafür, heute über

die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 abzustimmen.

Edith Müller (GRÜNE) unterstützt die Ausführung von Gabriele Sikora (SPD). Die zweite Ergänzungsvorlage tangiere die Einzelpläne 02 und 10 nur in Bezug auf die globalen Minderausgaben, die bereits feststünden, nämlich im Einzelplan 02 6,6 Millionen € und im Einzelplan 10 31 Millionen €. Die genaue Präzisierung der globalen Minderausgaben werde im Rahmen des Haushaltsvollzuges vermutlich im ersten Vierteljahr vorgenommen werden. Von daher sei sie der Meinung, dass, auch wenn das Verfahren sehr kurzfristig sei, über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 in der heutigen Sitzung abgestimmt werden sollte. Nichtsdestoweniger bestehe die Möglichkeit, wenn sich noch Änderungsvorschläge ergäben, diese im Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu beraten. Somit sei gewährleistet, dass etwaige Änderungsvorschläge noch behandelt werden könnten.

Dr. Stefan Heinrich Berger (CDU) hält das Verfahren für sehr unglücklich. Der Abgeordnete plädiert dafür, darüber abzustimmen, ob die Abstimmung über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 in der nächsten Woche erfolgen solle.

Dietmar Brockes (FDP) gibt zur Kenntnis, dass Herrn Dr. Papke (FDP), einer der Vertreter seiner Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, die zweite Ergänzungsvorlage erst nach der heutigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses vorgelegen habe. Insofern bleibe er dabei, dass er es für unmöglich halte, wie die Landesregierung mit dem Parlament umgehe.

Die Vertreterin der Grünen-Fraktion habe ausgeführt, dass die zweite Ergänzungsvorlage die Einzelpläne 02 und 10 nur in Bezug auf die globalen Minderausgaben tangiere. Dies stimme seiner Ansicht nach nicht. Beispielsweise würden auch die Mittel für die Europa-Union Deutschland gekürzt. Vor diesem Hintergrund beabsichtige er nach Rücksprache mit seiner Fraktion, entsprechende Änderungswünsche einzubringen. Dies sei jedoch nicht möglich, wenn in der heutigen Sitzung über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 abgestimmt werde.

Vorsitzende Ute Koczy gibt zu bedenken, dass sich der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nicht mehr mit etwaigen Änderungswünschen des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik befassen könne, wenn erst in der nächsten Woche über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 abgestimmt werde.

Mit den Stimmen der SPD- und der GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion lehnt der **Ausschuss** den Antrag der FDP-Fraktion ab, über die Europa- und Eine-Welt-relevanten Haushaltspositionen im Einzelplan 02 und Einzelplan 10 zu einem späteren Zeitpunkt abzustimmen.

Vorsitzende Ute Koczy stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Kapitel 02 030 - Europa und internationale Angelegenheiten - des Einzelplans 02 - Ministerpräsident - und dem Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik - des Einzelplans 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion zu.

Der **Ausschuss** nimmt mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion die zweite Ergänzungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

*

Vorsitzende Ute Koczy teilt mit, dass der Chef der Staatskanzlei Minister Wolfram Kuschke den Sitzungstermin am Montagnachmittag beklagt habe. Auf Seiten der Obleute habe ein Gespräch stattgefunden, ob eine Verlegung des Sitzungstermins möglich sei. Als einzige denkbare Alternative komme aus ihrer Sicht nur der Mittwochnachmittag in Frage. Hiermit gebe es jedoch auf Seiten einiger Abgeordneter Probleme, die Mitglieder in Ausschüssen seien, die ebenfalls Mittwoch tagten.

Jarka Pazdziora-Merk (SPD) regt an, zu prüfen, ob es möglich sei, an einem Mittwoch zu tagen, wenn andere Ausschüsse nicht tagten.

Vorsitzende Ute Koczy bedankt sich für die Anregung und bittet darum, sich bis zum 12. Dezember 2002 auf einen Wochentag zu einigen.

Anschließend bittet sie darum, zeitnah die verbindliche Teilnahmeerklärung für die Sitzung am 4. und 5. Februar 2003 in Brüssel zu unterschreiben.

Des Weiteren macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass geplant sei, in der 25. Woche des Jahres 2003 eine Auslandsdienstreise des Ausschusses durchzuführen. Eine Beratung mit den Obleuten darüber, wohin die Reise gehen solle, müsse noch stattfinden. Im Gespräch sei Polen und davon ausgehend noch andere Länder, z. B. Litauen.

Darüber hinaus erinnert sie daran, dass sich der Ausschuss darauf geeinigt habe, eine öffentliche Veranstaltung zum EU-Konvent durchzuführen. Frau Dr. Miriam Meckel sei gebeten worden, einen günstigen Termin zu suchen. Es sei für sinnvoll gehalten worden, die jeweiligen Europaabgeordneten dazu einzuladen und ihre Stellungnahmen z. B. zu den Themen Föderalismus, Demokratie, Öffentlichkeitsarbeit zu hören. Die Vorsitzende bittet darum, in den Facharbeitskreisen darüber zu beraten und ihr Vorschläge zu weiteren Themen und einzula-

denden Europaabgeordneten zukommen zu lassen, um sich in einem Obleute-Gespräch am Rande des Plenums darüber unterhalten zu können.

gez. Koczy
Vorsitzende

jo/02.12.2002/09.12.2002

181